



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/57 - 9. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Adenauer und die Politik Frankreichs</u> Mit Washington oder Paris?	42
2 - 3	<u>Etatberatung 1960 vor dem Abschluß</u> Von H.G. Ritzel, MdB	92
4	<u>Neuntes Schuljahr bewährte sich</u> Gute Erfahrungen im Saarland	28
5	<u>Streit um ein zerbombtes Schloß</u> Regierungssitz oder Kulturzentrum? - Bericht aus Kiel	46
6	<u>Sterbender Feudalismus in Tibet</u> Das "Dach der Welt" unter chinesischem Druck	51

* * *
* . *

Adenauer und die Politik Frankreichs

Mit Washington über Paris.

sp - Es gilt jetzt beinahe als sicher, daß Frankreich nicht gewillt ist, bei der am 15. März in Genf beginnenden Konferenz des Abrüstungsausschusses der UNO die bisher von den USA und Großbritannien kombinierten Vorschläge zu unterstützen. Die Motive für die Haltung Frankreichs sind noch nicht ganz klar. Von französischer Seite verlautet, de Gaulle wolle sich in jedem Falle die Hände für die weitere Entwicklung seiner eigenen Atombombe freihalten und außerdem keine Vereinbarungen eingehen, bevor er nicht mit Chruschtschow unter vier Augen gesprochen habe.

Von amerikanischer Seite wird betont, man wolle alles versuchen, um doch noch eine Einigung der an der Abrüstungskonferenz teilnehmenden Westmächte zu erreichen, sei aber nicht gewillt, die Pariser Sonderwünsche zu berücksichtigen.

Dies bedeutet, daß sich Frankreich immer mehr in eine Isolierung begibt, die zwar ihren ersten sehr sichtbaren Ausdruck schon während der westlichen Gipfelkonferenz im Dezember 1959 fand, nach der A-Bomben-Explosion in der Sahara verstärkt erschien, durch die letzten Reden de Gaulles zum Algerienproblem gesteigert wurde und jetzt infolge seiner Haltung zu der Abrüstungsfragen ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat.

Niemand zweifelt daran, daß de Gaulle diese Entwicklung auch sieht. Aber allenthalben fragt man sich, welches Ziel der französische Staatspräsident wirklich verfolgt.

Diese ungeklärte Situation geht auch die Regierung der Bundesrepublik unmittelbar an. Adenauer hat bisher einen wesentlichen Teil seiner sogenannten Europa-Politik in voller Übereinstimmung mit Paris entwickelt.

Nun ist es gewiß richtig, wenn man sagt, daß ein gutes Verhältnis zwischen Franzosen und Deutschen das Fundament einer europäischen Politik überhaupt ist. Wenn sich aber Frankreich in die Isolierung begibt, gegenüber seinen westlichen Alliierten starrköpfig bleibt und dazu noch die Völker seiner ehemaligen Kolonien durch eine fragwürdige Afrika-Politik dem europäischen Kontinent abspenstig macht, wird die enge und von Adenauer immer wieder betonte Übereinstimmung zwischen Bonn und Paris zu einem schwer aufzulösenden Komplex, um nicht zu sagen, zu einer Belastung.

Bundeskanzler Adenauer weiß, daß seine Position gegenüber England und den Vereinigten Staaten nicht mehr die gleiche ist wie noch vor zwei Jahren. Er wird deshalb bei seinem Besuch in der USA zwar Zusicherungen für die "feste Haltung des Westens in der deutschen Frage" erhalten, andererseits aber auch damit rechnen müssen, daß man ihn fragt, ob er die Haltung de Gaulles billigt.

+ + +

Etatberatung 1960 vor dem Abschluß

Von H.G. Ritzel, MdB

Die Etatberatung 1960 eilt mit Riesenschritten in Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ihrem Ende zu. Der Haushaltsausschuß hat in Fortsetzung seiner bisherigen intensiven Arbeit als einziger Ausschuß sogar in der sitzungsfreien Woche des Bundestages ab Aschermittwoch getagt. Es besteht begründete Hoffnung, daß der Bundeshaushalt noch vor Ostern vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden kann. Diese, in bezug auf den Zeitpunkt, optimistische Betrachtung kann jedoch nicht auf den Inhalt des Haushaltsplanentwurfs ausgedehnt werden. Die Regierung selbst hat den ursprünglichen Entwurf, der rund 42 Milliarden beanspruchte, verlassen, und der Bundeskanzler hat Zusagen gemacht, die eine erhebliche Steigerung von voraussichtlich 1 Milliarde bringen werden.

Im Haushaltsausschuß wurden darüber recht bittere Bemerkungen gemacht, denn schließlich gehört es zum Wesen einer Haushaltsplanung, daß die Regierung alle denkbaren Ansätze in den Entwurf einstellt und sie dem Parlament vorlegt.

Der falsche Weg

Um nur ein Beispiel herauszunehmen: Mit einer neuen Vorlage vom 26. Februar 1960 kündigte der Bundesfinanzminister an, daß die Anforderungen für den "Grünen Plan" 130 Millionen DM mehr betragen, als die Regierung ursprünglich vorsah. Der Ansatz von 1 Milliarde 341 Millionen DM wird von der Regierung auf 1 Milliarde 471 Millionen DM erhöht. Für eine Deckung ist noch kein Vorschlag vorhanden.

Es kann auch auf die Dauer nicht als der richtige Ausweg anerkannt werden, daß im Haushaltgesetz eine Kürzung aller kürzbaren Ansätze, die eben erst bewilligt worden sind, vorgesehen wird, wie dies seit Jahr und Tag der Fall ist. Das Ziel muß sein, von diesen Kürzungsbestimmungen überhaupt abzukommen und künftig in den Haushalt nur reale Beträge einzusetzen. Das Ziel muß aber auch sein, die Regierung davon abzuhalten, künftig Rechte in Anspruch zu nehmen, die ihr nicht zustehen. Wenn der Bundestag durch Gesetz die Ermächtigung gibt, eine Kürzung bis 6 Prozent vorzunehmen, kann nicht die Regierung beschließen, die Kürzung bis 9 Prozent vorzunehmen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Haushalt praktischeine Ermächtigung der Regierung darstellt, die Ausgaben zu leisten, die der Haushaltsplan erlaubt.

Wie können Mittel frei werden?

Der Bundestag steht nach der Verabschiedung des Haushalts durch den Haushaltsausschuß vor einer schweren Aufgabe. Er ist berechtigt, überall da, wo es möglich ist, eine antizyklische Haushalts- und Finanzpolitik durchzuführen, also die Konjunkturdämpfung durch Unterlassung aller nicht unbedingt notwendigen öffentlichen Bauten zu empfehlen. Damit könnten Mittel frei werden, die nach dem bisherigen

8. März 1960

Verlauf der Haushaltsberatungen für andere Zwecke dringend erforderlich sind. Es sei an die Erhöhung der Kriegsoffizierrenten, an die Erhöhung der Löhne und Gehälter der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Bundesverwaltung erinnert und an andere notwendige Ausgaben, wobei allerdings gleich festzustellen ist, daß Einsparungen, soweit sie nicht aus Subventionen gewonnen werden, nicht ausreichen werden, um diesen Mehrbedarf zu decken.

"Überrollungsetat"

Der Haushalt 1960 ist ein Überrollungsetat. Nur im Bereich des Verteidigungsministeriums werden neue Personalstellen zugelassen. Die Ursache der ständig wachsenden Personalkosten in der übrigen öffentlichen Verwaltung auch ausserhalb des Bundes ist in den nun einmal gegebenen Kriegsfolgen, in dem Umbau der Gesetzgebung und in der ganzen neuzeitlichen Entwicklung unseres Lebens zu sehen. Trotzdem bleibt eine Fülle von Leistungen des Bundes ungenügend. Es sei hier vor allem an die Forderung der sozialdemokratischen Bundestagsvertreter zugunsten von Wissenschaft und Forschung erinnert. Sozialdemokratische Forderungen zugunsten des Wissenschaftsrates wurden leider von der Regierungsmehrheit im Haushaltsausschuß abgelehnt.

Übereinstimmung besteht seit längerer Zeit im Haushaltsausschuß in dem gemeinsamen Kampf gegen die den Bundeshaushalt belastenden hohen Gehälter bei den europäischen Behörden. Hierüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Dagegen ist es unverständlich, daß die Regierung sich für die Entsperrung von Stellen einsetzt, die deutschen Beamten zugesprochen sind, die sich zur Zeit in europäischen Institutionen in Brüssel befinden. Durch diese Entsperrung, die gegen den Willen der SPD ausgesprochen wurde, entsteht eine neue Zunahme der Zahl der Bundesbeamten.

Kein Verständnis haben die Vertreter der SPD im Haushaltsausschuß auch für das Verlangen, ein neues Ost-West-Institut mit einem Kostenaufwand von 500 000 DM zu bewilligen. Kein Verständnis haben die Sozialdemokraten andererseits, wenn auch der Straßenbau der bekannten 6 Prozent oder noch einer höheren Kürzung unterzogen werden soll.

Unbeantwortete Fragen

Im zu Ende gehenden Rechnungsjahr 1959 wird der Bund voraussichtlich 1,7 Milliarden DM Steuern mehr einnehmen, als erwartet wurde. Im Rechnungsjahr 1960, das am 1. April beginnt, wird ein Etat wirksam, der bis jetzt nicht ausgeglichen ist. Die große Frage ist, wie der Ausgleich zustande gebracht werden kann. Unter keinen Umständen darf der Ausgleich durch eine Inanspruchnahme der Notenpresse erfolgen. Damit würde der Gefahr der Inflation Tür und Tor geöffnet. Realisierbare Sparmaßnahmen sind vor allem in der Kürzung der Subventionen zu sehen, die mehr als 13 Milliarden DM betragen. Wenn aber die Regierung sich veranlaßt sehen sollte, dem Bundestag zum Ausgleich des Haushalts Steuererhöhungen vorzuschlagen, dann muß schon heute gesagt werden, daß eine Erhöhung der Massensteuer unter keinen Umständen in Frage kommen darf. Eher ist eine Besteuerung der großen Vermögen, eine Besteuerung der Börsengewinne mindestens in der Form einer progressiven Vermögenssteuer möglich, deren Erträge auch den Weg zu einem neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Länder eröffnen würden.

Dabei bleibt die Frage einer Besserstellung der Gemeinden nach wie vor ungelöst und bedarf einer gesonderten Behandlung. + + +

Neuntes Schuljahr bewährte sich

sp - Ostern 1960 verlassen erneut 6100 Volksschüler und -schülerinnen, die ein neuntes Schuljahr absolviert haben, die Schulen des Saarlandes. 6700 waren es 1959. Nach Schätzungen des Kultusministeriums werden es 1960 rund 7000 Schüler und 1961 etwa 8500 Schüler sein, die neun Jahre lang die Volksschule besucht haben.

In allen Kreisen des Saarlandes wird bestätigt, daß die-
jenigen Schüler, die diesen Bildungsweg gegangen sind, sich öcut-
lich und sehr vorteilhaft von vielen Schülern unterscheiden, die
nur acht Jahre in der Schule waren. Lehrer, Eltern und Lehrherren
bestätigen die große Aufgeschlossenheit der nach dem neunten Schul-
jahr Entlassenen. Dieses günstige Resultat wurde ohne Zweifel des-
wegen erreicht, weil man die jungen Menschen im neunten Schul-
jahr bewußt durch Betriebsbesichtigungen, Besuche in Gemeinde-
häusern, Teilnahme an Gemeinderatssitzungen und Gerichtsverhand-
lungen sowie durch Gemeinschaftskunde mit den Aufgaben des praktischen
Lebens vertraut machen konnte. Im Saarland jedenfalls sind die
während der Diskussionen über die Einführung des neunten Schul-
jahres vielfach ausgesprochenen Warnrufe verstummt.

Allerdings darf nicht vergessen werden, daß im Saarland der
größte Teil der Schüler in geschlossenen Klassen auf den Schul-
abschluß vorbereitet werden. Nur 16 Prozent der Schüler und
Schülerinnen werden in den kleineren Orten noch in Gemeinschafts-
klassen - das heißt also zusammen mit unterschiedlichen Alters-
gruppen - unterrichtet. Da man während des neunten Schuljahres
auch neue Wege der Berufsfindung angeht hat, darf man im ganzen
von einem glücklichen Unternehmen sprechen.

+ + +

Streit um ein zerbombtes Schloß

mu. - In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel ist eine heisse Debatte zur Frage entstanden, ob das historische Schloßgelände an der Förde künftig das landespolitische Zentrum oder das Kulturzentrum des Landes im Norden werden soll. Das Schloß wurde im letzten Krieg zerbombt. Planungen, die im Jahre 1950 einsetzten, sehen den Wiederaufbau als Kulturzentrum vor. Im Landtag und in der Landesregierung sind inzwischen Pläne herangereift, die das Schloß zum Sitz des Landtagspräsidenten, des Ministerpräsidenten und der Landtagsfraktionen und damit des in Schleswig-Holstein in seiner Stellung hervorgehobenen Oppositionsführers machen wollen. Um diese beiden Projekte geht jetzt der Streit, nachdem es überall an Raum fehlt, weil die Landesverwaltung weiter angewachsen ist und die Bundeswehr alte Kasernen, die "zweckentfremdet" wurden, zurück haben will.

Das Kieler Schloss blickt in dem an historischen Baudenkmalern so armen Norden auf eine große Geschichte zurück. Es ging aus einer Burggründung aus dem dreizehnten Jahrhundert hervor, die um 1580 durch Herzog Adolf zu Holstein-Gottorp zu einem prächtigen Renaissance-Schloss ausgebaut wurden. In den Mauern des Kieler Stadtschlusses kam 1728 Zar Peter der Dritte von Russland zur Welt, und 1888 zog nach neuerlichem Umbau Prinz Heinrich von Preussen ein. Im November 1918 begann auf dem Gelände vor dem Schloß die Novemberrevolution. Neben der Königin-Eiche wurde kürzlich ein Denkmal für den größten Berufsstand Kiels, für die 14 000 Werftarbeiter enthüllt, die den größten Anteil am Wiederaufbau des zerbombten Kiel hatten.

Der Landtag residiert gegenwärtig in der ehemaligen kaiserlichen Marineakademie und wohnt beim Innenminister zur Miete; ein Zustand, den es nirgends in deutschen Lande gibt. Die Landesregierung benötigt daneben 8 000 Quadratmeter neuen Verwaltungsraum, weil die Bundesmarine ihre Gebäude woanders zurückhaben will, und an Aufstücken der ehemaligen Marineakademie findet niemand recht Geschmack. So ist denn bei Besprechungen des Landtagspräsidenten zwischen Regierung und Opposition die Überlegung entstanden, ins Schloß zu ziehen und dort das landespolitische Zentrum in einem neuen repräsentativen Bau neben dem historischen Schlossturm entstehen zu lassen.

So befindet sich denn in Kiel gegenwärtig Kultur und Politik im Widerstreit. Dieser Streit ist durch Raumangel für Verwaltung und Landtag entstanden. Das Geld reicht indes nicht aus, um ein Kulturzentrum auf dem Schloßgelände und vis á vis davon, wo auch Bauplatz wäre, das neue Landeshaus zu bauen. Aber vielleicht sollte Regierung und Parlament noch einmal bei den Statberetungen in die dicken Haushaltsbücher blicken, dann schließlich hat der Landesetat für Schleswig-Holstein längst die Milliarden-Grenze hinter sich gelassen, und ob man da nun eine Landesanleihe von 80 oder 1 0 Millionen DM herausgeben wird, das wäre zweitrangig. Vor dem Hintergrund der Geschichte, die das Kieler Stadtschloß erlebt hat, möchte man fast diesem Gelände den landespolitischen Vorrang geben.

Starbender Feudalismus in Tibet

W.R. - Die militärische Besetzung fremder Gebiete ist immer eine fragwürdige Angelegenheit, vor allem dann, wenn der Sieger als Eroberer und Ausbeuter ins Land kommt. China geht bei der Durchdringung Tibets wesentlich geschickter vor. Es zerstört die feudale Ordnung in der Gewissheit, daß diese doch nicht in die neue Zeit hinübergerettet werden kann. Dem großen Landbesitzer wird der Besitz entzogen, dem Landlosen Grund und Boden gegeben.

Bereits 1950 drangen die Chinesen bis Tibet vor und in Verhandlungen mit dem geflüchteten Dalai Lama forderten sie eine allmähliche Reformierung des Landes. Konservative Kräfte, sowohl unter der hohen lamaistischen Priesterschaft, wie unter dem Adel verhinderten die gewiß dringend notwendigen Reformen. Als nun die chinesische Besatzungsmacht daranging, die Macht der Feudalherren einzuschränken, kam es zu dem aussichtslosen Aufstand vom März 1959. Nach der Niederlage verloren Adel wie Priesterhierarchie jeglichen Einfluß. Allerdings war, soweit dies vom Westen überhaupt beurteilt werden kann, die Haltung der Priesterschaft und des Adels zum Putsch nicht einheitlich. Sinnfälliges Beispiel ist der Pentschen Bräoni, der sich gegen den Putsch gewandt hatte.

Drei Grundherren besaßen im wesentlichen in Tibet das Land. Der Regierung in Lhasa bestehend aus Adligen und Priestern, gehörte 40 Prozent des Landes, die Klöster verwalteten etwa 36 Prozent des Bodens und den Rest von ca 24 Prozent besaßen adelige Grundbesitzer. Der größte Teil der 1,2 Millionen umfassenden Bevölkerung waren, wenn man von den 120 000 Mönchen absieht, Leibeigene, also Rechtlosen denen ein mit allen Rechten ausgestatteter Grundherr gegenüberstand. Nach der Niederschlagung des Aufstandes sind Schritte eingeleitet worden, die Agrarstruktur radikal zu verändern. Der Besitz der "Putschisten" wurde sofort ohne Entschädigung an die Landlosen aufgeteilt. Grundbesitzer, die sich jedoch nicht am Aufstand beteiligt hatten, werden offenbar anders behandelt. Zwar wird auch ihr Grundbesitz, bis auf ein Restgut, im Laufe der Zeit aufgeteilt - aber gegen Entschädigung. Ihren Kindern sollen ebenfalls keine Benachteiligungen entstehen. Durch Schulung, Studium usw. versucht man sie für die neue Ordnung zu gewinnen.

Hirten- und Bauerngemeinschaften sind zur rationelleren Bodenbearbeitung gegründet worden. Inwieweit sie eine Vorstufe für eine "Genossenschaft" darstellen, muß die Zeit lehren. Die Reformbewegung hat auch vor den Klöstern nicht haltgemacht. Die sozialen Veränderungen werden nicht in atheistische Propaganda gekleidet, denn am religiösen Kult scheint sich nichts verändert zu haben, jedoch wird die hierarchische Struktur des Klosters umgestellt. Das mönchliche "Proletariat" scheint auch hier gewisse Reformen für notwendig zu halten.

Ein "vorbereitendes Komitee", dem ein Adliger vorsteht, der sich gegen den Putsch ausgesprochen hatte, hat die bisherige Regierung in Lhasa abgelöst. Diese versucht die Verwaltung zusammen mit der Besatzungsarmee neu zu organisieren. Erst die Zukunft wird erweisen müssen, wieviel von der "Autonomie" auf dem Dach der Welt erhalten bleibt und eigenes zu den importierten Reformen beiträgt, das Land auch innerlich zu verändern. Der Kommunismus hat in Asien ein neues Experiment begonnen. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel